

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P XXII/24

Bonn, den 2. Februar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Blick nach vorn!

72

Haushalt und Soziale Sicherung

Was für die Zukunft zu bedenken ist

Von Helmut Rohde, MdB

3 - 3a

Das Volksbegehren in Bayern

66

Keine Niederlage für die Gemeinschaftsschule

Von Emil Werner,

Leiter der SPD-Pressestelle in Bayern

4

Vor den Landtagswahlen

43

Rheinland-Pfalz - Schleswig-Holstein - Bremen - Niedersachsen

5 - 6

ZEITDOKUMENT

87

An der Großstadt vorbeigegangen

CDU-Politiker übten in Bickholz Selbstbesinnung

Von Helmut Witzler

Blick nach vorn!

Haushalt und Soziale Sicherung
Was für die Zukunft zu bedenken ist

Von Helmut Rohde, MdB

In der vergangenen Woche hat der Sozialpolitische Ausschuß des Deutschen Bundestages den Haushalt des Arbeitsministeriums für das Jahr 1967 beraten. Das war für die Sozialpolitik ein Anlaß, den Blick nach vorn zu richten und ihre Vorstellungen für die Gestaltung künftiger Haushalte zu präzisieren.

Eine große Sorge beherrscht heute jede Vorausschau: wird der Staat auch in den kommenden Jahren wieder umfangreiche Interventionen in dem Bereich der Sozialfinanzen vornehmen? 1965 hat er das mit Hilfe des Haushaltssicherungsgesetzes unternommen und für 1967 mit dem Finanzplanungsgesetz. Jedesmal hat der Bund dabei über Milliardenbeträge aus dem Sozialbereich disponiert. Begründet wurde das mit der erkennbaren finanziellen Not des Bundeshaushalts.

Würde nun aber diese Umleitung von Mitteln und die Verlagerung von sozialen Aufgaben zwischen dem Bund und den Trägern der Sozialversicherung auch in den kommenden Haushaltsjahren fortgesetzt, könnte schwerlich noch von Ausnahmefall gesprochen werden. Dann würde das, was bisher als das Außergewöhnliche und Vorübergehende bezeichnet wurde, zur neuen Regel in den Beziehungen zwischen dem Staat und den Trägern der Sozialen Sicherung.

Die bisherigen Umverlagerungspläne, wie sie insbesondere unter der Regierung Erhard noch konzipiert worden sind, waren zumeist sozialpolitisch kaum zu erklären. Da sollte die Arbeitsverwaltung plötzlich die Mutterschaftsgelder bezahlen, obwohl die Mittel der Arbeitsmarktpolitik dringend für ihren eigentlichen Zweck gebraucht werden. Die Träger der Unfallversicherung sollten den Agrarhaushalt entlasten und im übrigen sollte man vielfältige soziale Verpflichtungen des Bundes auf die Sozialversicherung finanziell verlagern. Einige dieser Absichten hat das Parlament, insbesondere auf sozialdemokratische Initiative, unterbinden können.

Wird nach dem Faden geforscht, der durch diese vielschichtigen

Umverlagerungspläne des Bundes führt, kommt sehr schnell eines zum Vorschein:

- * Hier werden nicht von der Sache her neue sinnvolle Aufgabenverteilungen im System der sozialen Sicherung angestrebt, sondern
- * offensichtlich wird mehr nach dem Prinzip verfahren, solange
- * ein Sozialleistungsträger noch relativ flüssig ist, muß er damit rechnen, für unerwartete Zwecke und Aufgaben in Anspruch
- * genommen zu werden.

Das kann nicht gut gehen. Diese Verlagerungen, dieses unsystematische Eingreifen des Staates in den Bereich der sozialen Leistungen und Institutionen bringt jenen Hauch von Unsolidität, der in-itiert, Verantwortlichkeiten verdunkelt und im Laufe der Jahre zu schwerwiegenden finanziellen und institutionellen Problemen der Sozialen Sicherung führen muß.

Wenn durch Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur - wie das z.B. in der Landwirtschaft und in anderen Bereichen der Fall ist - bisherige Regelungen des Sozialrechts sich als unzulänglich und nicht anpassungsfähig erweisen, mithin neue Konzeptionen notwendig werden, dann muß die Regierung dazu neue Gesetze vorlegen, damit das Parlament von der **S a c h e** her das Richtige veranlassen kann. Mit den jährlichen Haushaltsumbuchungen aber, mit der Verlagerung von Aufgaben und Zahlungsverpflichtungen von einem Träger auf den anderen, ist das nicht zu machen.

- * Dieses monetäre Hilfsmittel, gleichsam die Geldpolitik der leichten Hand gegenüber der Sozialversicherung, darf nicht zum Ersatz
- * für geordnete Gesetzesarbeit in der deutschen Sozialpolitik und
- * für die sachgerechte Anpassung des sozialen Rechts an die sich
- * wandelnden sozialen Strukturen werden. Anders läßt sich das auch
- * gegenüber der Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger
- * gar nicht verantworten.

Diese Auffassung ist von Sprechern **a l l e r** Fraktionen im Sozialpolitischen Ausschuß des Parlaments in Prinzip unterstützt worden. Denjenigen, die in der Regierung in den nächsten Monaten beginnen werden, den Plänen für den Haushalt 1968 schärfere Kontur zu geben, ist zu raten, sich um Verständnis für das sachliche Gewicht dieser sozialpolitischen Sorgen zu bemühen. Aus diesen Sorgen ist ein politisches Thema geworden, das in kommenden Haushaltsjahren nicht mehr "sang- und klanglos über die Bühne geht". Im Grunde muß künftig das praktiziert werden, was die Regierungserklärung vom letzten Dezember angekündigt hat, nämlich die Abstimmung von Finanz- Wirtschafts- und Sozialpolitik. In einem solchen Konzept haben **u n** systematische Eingriffe keinen Platz.

Das Volksbegehren in Bayern

Keine Niederlage für die Gemeinschaftsschule

Von Emil Werner,

Leiter der SPD-Pressestelle in Bayern

Das von der FDP in Bayern eingeleitete Volksbegehren zur Änderung des Schulartikels der bayerischen Verfassung ist gescheitert. Statt der erforderlichen 10 Prozent der Wahlberechtigten trugen sich während der vier Wochen bei den in den Gemeindeämtern aufliegenden Listen nur 9,4 Prozent ein. Entscheidend dabei war, daß selbst in vier der fünf bayerischen Großstädte die erforderlichen 10 Prozent nicht erreicht wurden.

Die beantragte Verfassungsänderung sollte nach Angabe der FDP die Gleichstellung der Gemeinschaftsschule herbeiführen. Tatsächlich wäre das Volksbegehren selbst im Erfolgsfall ohne jeden Einfluß auf die Schulwirklichkeit in Bayern geblieben. Noch immer sind 95 Prozent aller Volksschulen Konfessionsschulen. Die Änderung der Schulart hätte nach wie vor beantragt werden müssen und die freie Wahl der Erziehungsberechtigten wäre bestehen geblieben. Aus diesem Grunde lehnte es auch die SPD in Bayern ab, das Volksbegehren zu unterstützen. Ihre Forderungen gehen weiter. Sie wünscht die Einführung der Gemeinschaftsschule als Regelschule. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, überall im Land vollausgebaute Schulen zu errichten mit mindestens je einer Klasse für jeden Schülerjahrgang und mit Parallelklassen für die Volksschuloberstufe, die nach der Forderung der SPD zur Hauptschule ausgebaut werden soll.

Bei der theoretischen Möglichkeit von drei Schularten in jedem Ort (Gemeinschaftsschule sowie katholische und evangelische Bekenntnisschule) ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Die SPD in Bayern lehnte es ab, sich an einer bloßen Demonstration zu beteiligen, die mit Sicherheit zu einer Verhärtung hätte führen müssen, aber selbst im Erfolgsfall die Schulverhältnisse nicht verbessert hätte.

Das Volksbegehren war aber zweifellos eine Demonstration, denn ein großer Teil der über 600 000 Wahlberechtigten, die sich in die Listen eintrugen, tat dies trotz der Einsicht, daß es sich um eine völlig unzureichende Änderung handelte. Es war ein Protest gegen die unzulänglichen Schulverhältnisse in Bayern. Die FDP hatte zudem

bewußt zu einer Abstimmung über die christliche Gemeinschaftsschule aufgerufen. Es wäre jedoch völlig falsch, das Nichterreichen der Zehn-Prozent-Grenze - die einen Volksentscheid ausgelöst hätte - als eine Niederlage der Gemeinschaftsschule oder gar als eine Bestätigung der CSU-Schulpolitik zu werten. Die SPD, die stärkste politische Kraft, die sich für die Gemeinschaftsschule einsetzt und dabei ein weitergehendes Ziel als das des Volksbegehrens verfolgt, hatte ja ihre Unterstützung versagt, was sich deutlich auswirkte.

Nun wird bald wieder ein geeignetes Klima herrschen, in dem ernsthaft über die Maßnahmen gesprochen werden kann, die tatsächlich geeignet sind, die notwendige Reform des Volksschulwesens in Bayern in Gang zu bringen. Der SPD-Landesausschuß hat zuletzt am 14. Januar 1967 in einer Erklärung zum FDP-Volksbegehren darauf hingewiesen, daß die SPD auch in Bayern die christliche Gemeinschaftsschule als Regelschule anstrebt, wobei die Errichtung reiner Bekenntnisschulen auf Wunsch der Eltern gesichert werden soll. Durch Initiativen im bayerischen Landtag, durch systematische Gespräche mit den Kirchen, durch eine breite Aufklärungsarbeit in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften und durch die Unterstützung konkreter Anträge auf Errichtung christlicher Gemeinschaftsschulen will sie dieses Ziel verfolgen. Die Änderung der bayerischen Verfassung - so wurde gesagt - stehe am Ende dieser Entwicklung. Sie setze voraus, daß die breite Zustimmung des bayerischen Volkes errungen sei.

Um diese Zustimmung wird sich die SPD wie bisher mit allem Nachdruck bemühen und sich zu diesem Zweck mit anderen gleichgesinnten Organisationen und Gruppen zum gemeinsamen Handeln zusammenfinden. Der Landesvorsitzende der SPD, Volkmar G a b e r t, hat dies vor einigen Tagen noch einmal im bayerischen Landtag bekräftigt. Das Scheitern dieses als FDP-Wahlschlager gedachten Volksbegehrens wird den Weg zur Gemeinschaftsschule in Bayern nicht hemmen. Die trotz allem beachtliche Beteiligung ist ein Warnschuß für die CSU-Regierung in München, der nicht zu überhören ist.

Vor den Landtagswahlen

Rheinland-Pfalz - Schleswig-Holstein - Bremen - Niedersachsen

sp - In vier Bundesländern werden in diesem Jahr neue Landesparlamente gewählt. Dabei geht es natürlich zunächst um landespolitische Aspekte. Indirekt werden die Wähler aber auch ihr Votum darüber abgeben, was sie von der Großen Koalition in Bonn halten.

Am 25. April werden die Landtage von Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz neugewählt. In beiden Bundesländern stehen CDU mit FDP in der Regierungskoalition. Am 4. Juni schließen sich die Landtagswahlen für Niedersachsen an. Hier besteht schon seit langem die Große Koalition aus CDU und SPD. Am 1. Oktober folgt Bremen, wo SPD und FDP in der Regierung sitzen. In Bremen verfügt die SPD mit 58 von 100 Mandaten über die absolute Mehrheit. In Niedersachsen ist sie mit 73 Sitzen die weitaus stärkste Partei. In Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein behaupten die Sozialdemokraten gut den zweiten Platz. Die konservativen CDU-Führungen in diesen beiden Ländern haben seit langem alles daran gesetzt, die SPD hier von der Regierung auszuschließen.

Nun sind aber diese beiden Länder besonders stark von den konjunkturellen Einbrüchen betroffen worden, die ihre Ursachen in der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der früheren Bundesregierungen haben. Die Große Bonner Koalition versucht diese Platte jetzt zu beseitigen. Mit gezielten Maßnahmen aus den vorgezogenen Soforthilfemitteln soll die Wirtschaft besonders in den notleidenden Rand- und Landgebieten wieder flottgemacht werden.

Es ist aber nicht anzunehmen, daß dadurch die s t r u k t u r e l l e n Versäumnisse ohne weiteres beseitigt werden. Die Regierungen unter den CDU-Ministerpräsidenten Dr. Lemke und Altmeier haben es ganz einfach versäumt, etwa wie in Hessen schwerpunktartig Wachstumsindustrien in Landbezirke zu setzen. Ein Schütteln ging bei den Kabinettsberatungen in Mainz und Kiel durch die Kabinettsrunde, wenn jemand das Wort "Hessen-Plan" in den Mund nahm...

Es zeigt sich aber gerade in diesen Wochen, wie verheerend die Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sind. Man hat Wirtschaftsunternehmen weitergeholfen, die auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrieren können, und das auch nur unzulänglich. Man hat die Mittel nicht zusammengekratzt und den Bund nicht dafür interessiert, schwerpunktartig Wachstumsindustrien anzusetzen, deren Produkte eine Zukunft und einen guten Ertrag haben.

Es ist gar kein Zweifel, daß hierüber die Wähler am 23. April in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz zu entscheiden haben. Ihre Entscheidung sollte einer Aufforderung an die neuen Regierungen gleichkommen, fest umrissene Pläne mit Schwerpunkten vorzulegen. In Bonn werden die wirtschaftspolitischen Weichen jetzt so gestellt, daß nur vor diesem Hintergrund den Bundesländern durchgreifend geholfen werden kann, weil eine solche Hilfe auch allein durchschlagenden Erfolg bringen wird.

"An der Großstadt vorbeigegangen"

CDU-Politiker üben in Eichholz Selbstbesinnung

Von Helmut Witzler

"Den normalen Bürger kotzt es an, bei der CDU immer den Anspruch des Messias zu sehen." Der Mann, der so sprach, ist Kreisgeschäftsführer der Union in einer Stadt des Ruhrgebiets. Der Ort, wo diese Worte in einer Tagung über "Probleme politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft" fielen, war die "Politische Akademie Eichholz" der Konrad-Adenauer-Stiftung in Eichholz.

Rund 40 Personen waren hier in der letzten Woche zusammengekommen, um unter der Leitung von Professor Müller-Armack das politische Verhalten in den Großstädten zu diskutieren. Sie taten es mit Liebe zur Union im Herzen und mit Leidenschaftlicher Anklage gegenüber Fehlern und Versäumnissen der eigenen Partei auf den Lippen:

Die Kritik richtete sich in erster Linie gegen die Kreisverbände, doch auch die Bundesleitung wurde nicht verschont. Gerhard Elschner, der ein glänzendes Referat über "Politik und Partei in der Großstadt" hielt, ging sogar so weit zu fragen: "Parteispitze? Was ist das? Die Bundesgeschäftsstelle ist ein Büro ohne Auftrag, und die ganze Konstruktion der CDU-Führung läßt keine rationale zweckgebundene Arbeit zu." Er muß es wissen, denn er arbeitet dort.

Das Problem der Union, das man nicht nur akademisch in Akademien erörtern sollte, ist, soweit es Westdeutschlands Großstädte betrifft, schlicht dieses: Soll die CDU weiter im Rathauskeller bleiben? Soll sie dort, bildlich gesprochen, im Schweiße ihres Angesichts Kohlen schaufeln, während in fast jeder Großstadt oben im Zimmer des Oberbürgermeisters ein Sozialdemokrat sitzt und Besuchern die Verdienste der SPD um die Kommunalpolitik preist?

Soll es so auch in Zukunft sein? Um diese Kernfrage ging es bei allen Vorträgen, Analysen und Diskussionen. Professor Müller-Armack, früher Erhards Staatssekretär im Wirtschaftsministerium und der "Wetter des Vaters" der sozialen Marktwirtschaft, sprach hierbei den Satz, den sich christliche Unionspolitiker in den Kommunen über ihre Schreitische hängen müßten: "Wir sollten den Verlust der CDU in den Städten nicht als Schicksal hinnehmen."

Nichts als Schicksal hinnehmen und Tatbestände nicht durch Wunschträume verniedlichen - das hatten sich die Diskussionsteilnehmer vorgenommen. Offen sprachen sie aus, was sie bedrückte: "Wir sind so unendlich provinziell in der Stadt." So Dr. Hans Pflaumer von der CDU-Landesleitung in München. "Wir sind an der Großstadtstruktur vorbeigegangen" und "die Großstadt stellt eine Art zu leben dar, die in der CDU nicht vorhanden ist", sagten andere. Oder das Kölner Ratmitglied Heinz Soénius: "Wir haben

alles ideologisch untermauert, zum Beispiel das Eigentum." Andere fielen ein: "Wir haben das Eigentum propagiert, als könne nur im Eigentum ein anständiger Mensch leben. Es gibt auch anständige Menschen als Mieter im Hochhaus."

Immer wieder hörte man die Frage: "Wieso findet die CDU in den Großstädten so wenig Resonanz?" Und die Antworten, auf einen Generalnenner gebracht: "Wir haben den menschlichen Kontakt zu den Städtern nicht gefunden." Nicht zum kleinen Mann im Sport-, Gesang- oder Karnevalsverein, bei deren Zusammenkünften selten ein SED-Politiker fehlt, oft aber der CDU-Mann, nicht zum Mieter, der ob des weißen Kreises höhere Mieten zahlt oder seine Kündigung in der Tasche hat.

Die Bilanz unter Eichholz-Teilnehmern: Wir haben den Kontakt zum Kumpel, der schwarzsieht für seinen Arbeitsplatz, nicht herstellen können; wir haben ihn verloren zum Theaterbesuch, den wir zum unmündigen Staatsbürger degradieren, wenn wir ihm verbieten, Bert Brecht zu sehen, wir haben ihn nicht mehr zum Kinogänger, dessen selbständiges Urteil wir mit der Aktion "Saubere Leinwand" zum "Schweigen" bringen wollten, von jenem gleichnamigen Film gar nicht zu reden, von dem die katholische Kirche eine höhere Meinung hatte und auch vertrat als niedere CDU-Chargen.

Und weiter: Wir von der CDU haben uns nicht richtig auf die Massenmedien eingerichtet und ihre Wirkungen speziell die von Papas "Fantoffelkino", dem Fernsehen, unterschätzt, was SED-Politiker - neben ihren unbestrittenen Leistungen in den Kommunen (die auch Eichholz anerkannt wurden) - nie getan haben.

"Wir von der CDU", so gestand der Kölner Heinz Scénius, "haben ein gestörtes Verhältnis zu den großen Verbänden der Mieter und Verbraucher und ebenso zu den Gewerkschaften."

"Wir haben", so klagten andere, "eine falsche Formulierung der Interessen." Denn: "Wir sind zu einseitig und nicht offen genug."

"Wir", so hörte man weiter, "müssen in der Union endlich den christlichen Weg, den wir zu gehen haben, entideologisieren und neue politische Wertziele setzen. Die CDU orientiert sich heute an Wertzielen, die der Wirklichkeit nicht mehr angemessen sind."

Die CDU - darüber war man sich in Eichholz einig - muß einen anderen Stil und neue Formen finden, in denen sie ihre verschiedenen Gruppen, Katholiken wie Evangelische, Unternehmer wie Angestellte und Arbeiter, Hausbesitzer wie Mieter, die am Wahltag potentiellen CDU-Stimmen wie die CDU-Spender - die nach dem Karlsruher Urteil wie lebensrettende Blutspender wirken - mit einander integrieren.

Das politische Herz der Großstädte - diese Gewisheit konnte man aus Eichholz getrost nach Hause tragen - muß nicht notgedrungen immer auf der linken Seite schlagen."